



Derzeit ist die Strecke der Hunsrückbahn ab Stromberg, nachdem ein Lkw unter einer Brücke hängen blieb, gesperrt. Die Gleise wurden durch den Unfall sichtbar um etwa 20 Zentimeter verschoben. Ein „Schilbürgerstreich“ wäre es laut Hans-Joachim Schöffner (CDU), die Brücke nach alter Bauart wieder herzustellen anstatt zukunftsorientiert neu zu bauen. Foto: Benjamin Hilger

Bahn soll auch ohne Hahn rollen

REAKTIVIERUNG Verbandsgemeinderat fordert Umsetzung der Pläne / Gemeinsam positionieren

Von Benjamin Hilger

STROMBERG. Auf Antrag der CDU-Fraktion informierte Bürgermeisterin Anke Denker den Verbandsgemeinderat über ihre Kenntnisse zum weiteren Vorgehen bei der Hunsrückbahn. Auch sie habe vom Aufschub der Inbetriebnahme von 2014 auf 2018 nur durch die Presse erfahren.

Das Planfeststellungsverfahren zur Reaktivierung laufe über die Bahn, erläuterte Denker. Von daher sei auch die Dauer bis zum Planfeststellungsbeschluss, nach dem erst die Ausschreibungen für die notwendigen Arbeiten erfolgen können, nicht abschätzbar. „Heute geht man bei der Inbetriebnahme von August 2018 aus.“ Allerdings, darin ist sich Denker sicher, wird auch die Entwicklung des Flughafens Hahn eine große Rolle spielen. „Beim Beschluss zur Reaktivierung ging man von sieben Millionen Fluggästen aus, heute sind es etwa drei Millionen.“ Die Aussage des Infrastrukturministers würde aber dahin zielen, dass an der Hunsrückbahn festgehalten werden soll.

Hans-Joachim Schöffner (CDU) kritisierte den Aufschub des Neustarts der Hunsrückbahn. Es sei beachtenswert, dass vor der Landtagswahl weiterhin die Reaktivierung für 2014 kommuniziert wurde, kurz nach der Wahl aber schon der Aufschub auf 2018 erfolgte. Schöffner zeigte sich skeptisch, ob 2018 wirklich wieder Züge auf der Hunsrückbahn rollen und erwartet endlich eine politische Positionierung von Landesseite. „So kann man doch mit den Bürgern nicht umgehen“, wertete der Christdemokrat angesichts der bestehenden Unklarheit. Er forderte, man solle den Hahn aus der Überlegung für oder wider Bahn außen vor lassen. Für Stromberg biete die Bahn eine wichtige Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Landesregierung ansprechen

Gespannt zeigte sich Schöffner, wie die Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke in Stromberg, die durch einen Lkw vor zwei Wochen schwer beschädigt wurde (AZ berichtete), aus-

sehen wird. „Es wäre ein Schilbürgerstreich, die Brücke in altem Zustand wieder herzustellen.“ Stattdessen solle bereits jetzt der zukunftsorientierte Neubau der Brücke erfolgen. Schöffner bat die Bürgermeisterin, konkrete Aussagen der Landesregierung zur Hunsrückbahn einzuholen.

Gerhard Keuser (SPD) bemerkte, dass „wir die Bahn auch ohne den Hahn brauchen“, da diese wichtig für die touristische Entwicklung sei. „Wir sollten gemeinsam an einem Strang ziehen, damit die Hunsrückbahn bald zum Laufen kommt“, forderte der Sozialdemokrat eine gemeinsame Initiative.

Die Bürgermeisterin belegte, dass eine derartige Verärgerung auch in der Verbandsgemeinde Langenlonsheim zu vernehmen

sei. Man sollte sich gemeinsam mit anderen Kommunen positionieren und sich für die Bahn einbringen. Vielleicht, so vermutete die Bürgermeisterin, böte auch die Verkehrskonferenz, die auf Antrag der CDU voraussichtlich im Februar des kommenden Jahres stattfinden soll, Möglichkeiten, in dieser Frage weiter voranzukommen.

Zuständig für den Tourismus

Übernommen hat die Verbandsgemeinde nach einstimmigem Ratsbeschluss die Zuständigkeit für den überörtlichen Tourismus. Wie es genau touristisch in der VG weitergehen soll, darüber ist allerdings noch keine Entscheidung getroffen. Denn nach Mitteilung der Kommunalaufsicht kann die bisher verfolgte Idee zur Gründung einer Tourismus GmbH, in der auch die Stadt Mitgesellschafter wäre, nicht umgesetzt werden. Schöffner bedauerte die Aussage der Kreisverwaltung. Zumindest könnte nun, da die Verbandsgemeinde formell zuständig ist, der VG-Rat sachlich und zielorientiert über die weitere Vorgehensweise diskutieren.

NACHGERÜCKT

► Für den verstorbenen SPD-Fraktionsvorsitzenden Manfred Helmes rückt **Wendelin Grass** von den Sozialdemokraten in den VG-Rat nach. Ebenfalls neu besetzt wurden einige Ausschusspositionen.

Öffentlicher Anzeiger 8.11.2011

Nationalpark: Chance oder Problemfall?

Naturschutz Ministerin Ulrike Höfken sieht Park als Motor für Tourismus und Arbeitsplätze

Von unserem Redakteur Armin Seibert

■ **Bad Sobernheim.** Ein Nationalpark könnte schon bald im Staatswald im Soonwald eingerichtet werden. Befürworter wie die Initiative Soonwald sehen es als einmalige Chance, in Forstkreisen ist man eher skeptisch. Hunderte von Brennholz-Kunden sehen es ebenfalls kritisch, denn der Markt ist seit Jahren schon ohnehin sehr eng. Die Brennholzpreise steigen. Das Nationalpark-Thema ist vielschichtig, und es gibt derzeit mehr Fragen als Antworten. Dabei drängt die Zeit. Die Landesregierung erwartet jedenfalls von den fünf rheinland-pfälzischen Nationalpark-Aspiranten bis Jahresende eine Rückmeldung.

Chance für Regionalentwicklung
Umweltministerin Ulrike Höfken sieht den Park als große Chance für die Regionalentwicklung, da er Arbeitsplätze schaffe, den Tourismus ankurbeln und Identität stifte. Sie stellt klar fest: „Im Gegensatz zu anderen Schutzgebieten regiert im Nationalpark die Natur. Dies ist neu für Rheinland-Pfalz. Nationalparks sollen Rückzugsräume bleiben und werden, sollen als Vergleichsflächen auch wissenschaftliche Beobachtungen etwa zum Klimawandel ermöglichen.“ Aber sie dienen auch für Umweltbildung und Umwelterleben.

Höfken: Waldbesucher dürfen und sollen im Nationalpark auf ausgewiesenen Wegen wandern, Rad fahren oder reiten. Auch die Initiative Soonwald sieht den Nationalpark positiv. Nach zwei Informationsveranstaltungen im Wald-erlebniszentrum Neupfals soll es nun in Ippenschied (29. November) bei der Mitgliederversammlung eine weitere Pro- und Contra-Diskussion mit anschließender Abstimmung der Mitglieder über den Nationalpark geben.

Dazu hat die Initiative ein Argumentationspapier als Entscheidungshilfe erarbeitet. Der Vorstand fordert: „Wir sollten unsere Rolle als Initiative Soonwald bewusst wahrnehmen. Gehen wir unsere Aufgabe an, frei nach dem Motto: Wenn nicht wir, wer dann? Wenn nicht jetzt, wann dann?“ Die Initiative befasst sich auch eingehend



Im Staatswald im Soonwald könnte ein Nationalpark entstehen. Die Initiative Soonwald um den früheren Forstamtsleiter Hansjochen Staega begrüßt das Vorhaben der Landesregierung. 75 Prozent der Fläche in dem 10 000 Hektar großen Gebiet sollen forstwirtschaftlich nicht genutzt werden. Im Rhein-Hunsrück-Kreis sieht man das Vorhaben derzeit positiver als in den Kommunen des Kreises Kreuznach im Süden. Ministerin Höfken sagt zur Diskussion um die künftige Holzversorgung: Es müssten zwar weitere Wege in Kauf genommen werden, aber die Versorgung sei ohne Probleme sicherzustellen.

mit der Brennholzproblematik im Rahmen der Parkeinrichtung. Im Argumentationspapier wird darauf hingewiesen, dass Gemeindegrenzen und steile Hanglagen stärker für Brennholzernte genutzt werden sollten. Das bringe auch

Waldpflege und Wertgewinn für die Dörfer. Durch schwache Wachstumsstandorte gehöre die Wuchsleistung im Staatswald zu den geringsten im Land, sodass sich der ertragsarme Soonwald besonders anbiete, wenn Staats-

waldgebiet aus der Bewirtschaftung genommen werde. Das Fazit des Vorstands um Hansjochen Staega und Monika Kirschner: „Wir von der Initiative Soonwald befürworten die Einrichtung eines Nationalparks Soonwald. Wir erhoffen dadurch Vorteile für die Region, eine Profilierung ihrer Zukunft und erwarten, dass im wissenschaftlichen Bereich zielgerichtete Forschung in einem „Nationalpark Soonwald“ verwertbare Erkenntnisse bringen.“

Buch nicht vorschnell schließen

In der Debatte um die Einrichtung eines Nationalparks will Bürgermeister Rolf Kehl das „Buch nicht vorschnell zumachen“, sondern den Prozess der Abwägung aufrechterhalten. Dabei solle man sich nicht von Zeitdruck leiten lassen. Kehl: Wir müssen uns eingehend damit befassen, aber es ist offen, wie denn die Meinungsbildung erfol-

gen soll. Per Beschluss der Verbandsgemeinde werde, oder sollen die Orte sich positionieren?

Elke Kiltz von den Grünen nähert sich dem Thema Nationalpark zunächst einmal von der „begründenden Seite“. Man müsse das mit allen Facetten offensiv diskutieren. Kiltz sagt: „Ich habe da noch keine abgeschlossene Meinung.“ Sie fehlt auch noch bei der SPD. VG-Fraktionssprecher Dennis Al: „In den nächsten Wochen wollen wir uns in den Gremien eingehend darüber unterhalten.“

Als Befürworterin des Nationalparks argumentiert Strombergs Bürgermeisterin Anke Denker: „In der Eifel werden derzeit jährlich 17 000 Kinder im Nationalpark an die Natur herangeführt. Wir haben mit dem Wald-erlebniszentrum auch schon eine gute Infrastrukturmaßnahme, die nicht erst noch gebaut werden muss. Wir sollten deshalb den Fuß in der Tür behalten.“

Was kann Soonwald von Eifel und Hainich lernen?

Die Initiative Soonwald lädt zu einer Infoveranstaltung über den möglichen Nationalpark für Dienstag, 29. November, 19 Uhr, ins Gemeindehaus Ippenschied ein. Die Initiative fordert eine Machbarkeitsstudie, möchte weiter zur Verschönerung des Themas beitragen. Das soll auch durch

Informationen aus den bereits bestehenden Nationalparks Eifel und Hainich erfolgen. Auf dem Diskussionspodium sitzen deshalb auch die Leiter der dortigen Nationalparks, Manfred Großmann (Hainich) und Hennig Walter (Eifel). Sie sollen die Frage mitbeantworten, ob Eifel und Hainich

Vorbild für den Soonwald sein können. Nur mit breiter Meinungsbildung können alle Bevölkerungsinteressen sichergestellt werden, argumentiert der Vorstand der Soonwaldinitiative, deren Vorsitzender Hansjochen Staega mit auf dem Podium sitzt. Monika Kirschner wird moderieren.